

Jungfreisinnige St.Gallen
Harfenbergstrasse 2
9000 St.Gallen

Junge SVP des Kantons St.Gallen
Postfach 201
9642 Ebnat-Kappel

Pressemappe zur Medienkonferenz vom 2. Juni 2008

Mitte-Rechts-Mehrheit – Eine jungbürgerliche Agenda für einen starken Kanton St.Gallen

Zum ersten Mal in der Geschichte des Kantons St.Gallen besteht seit den Wahlen vom 16. März eine SVP-FDP-Mehrheit. Zeit, Wahlversprechen in die Tat umzusetzen und eine grosse Chance für die Zukunft des Kantons St.Gallen.

Trotz grosser Unterschiede in der politischen Ausrichtung sehen JSVP und Jungfreisinnige St.Gallen das Potential, in denjenigen Punkten, bei denen übereinstimmende Positionen bestehen, in den folgenden vier Jahren Nägel mit Köpfen zu machen und eine Agenda umzusetzen, bei denen gesunde Staatsfinanzen, wettbewerbsfähige Steuern und bürgerliche Freiheiten im Zentrum stehen.

An der Pressekonferenz zeigten die Jungparteien, wie diese Agenda aussehen könnte und forderten ihre Mutterparteien auf, punktuell zusammenzuarbeiten.

Montag, 2. Juni 2008, 9.30 – 10.00 Uhr
Rest. Dufour, Bahnhofstr. 19, 9000 St.Gallen

Die jungbürgerliche Agenda für einen starken Kanton St.Gallen stellten vor:

- Lukas Reimann, Wil, Nationalrat SVP St.Gallen
- Christoph Landolt, Rorschacherberg, Präsident Jungfreisinnige St.Gallen
- Robert Devenoges, Altenrhein, Vorstandsmitglied JSVP St.Gallen
- Vincenz Rentsch, St.Gallen, Generalsekretär Jungfreisinnige St.Gallen

Freundliche Grüsse

Christoph Landolt

078 791 45 41

Ablauf Medienkonferenz

- | | |
|------------------------------|-------------------|
| 1. Begrüssung/Einleitung | Christoph Landolt |
| 2. Einleitung | Lukas Reimann |
| 3. Restriktive Finanzpolitik | Vincenz Rentsch |
| 4. Staatsfinanzen/Steuern | Robert Devenoges |
| 5. Bürgerliche Freiheiten | Christoph Landolt |
| 6. Freiheitspolitik | Lukas Reimann |
| 7. Fragen | |

Wir können es! - Zusammen für einen starken Kanton St.Gallen

Christoph Landolt, Rorschacherberg

Sehr geehrte Damen und Herren

Heute um 14.15 wird der neue Kantonsratspräsident das Glöcklein läuten und die erste Session in der kommenden Legislaturperiode eröffnen. Dank einer vom Volk klar angenommenen Volksinitiative der FDP umfasst das kantonale Parlament nur noch 120 Personen. Das kleinere Gremium wird bestimmt für effizientere Sitzungen sorgen, ob es aber wirklich bessere Entscheidungen hervorbringen wird muss sich noch weisen. Wichtiger sind wohl die allgemeinen politischen Umwälzungen in diesem Kanton. Ein eigentlicher Rechts-Rutsch hat stattgefunden und bewirkt, dass erstmals in der Geschichte des Kantons St.Gallen eine Mehrheit von SVP und FDP besteht. Wir Jungfreisinnigen fühlen uns zuallererst dem Liberalismus verpflichtet. Die Freiheit steht für uns im Mittelpunkt. Bei der Analyse der vergangenen Wahlen, die für die FDP ja sehr erfreulich verlaufen ist und zu einem Sitzgewinn geführt hat, ist aus liberaler Sicht deshalb insbesondere die Frage von Interesse, welche Entscheidungen in der neuen Konstellation gefällt werden und ob diese die Freiheit der Bürger in diesem Kanton weiter einschränken wird oder ob das Pendel langsam zurückschlägt. Möglich sein müsste es, endlich einige dringende Projekte anzureissen!

Auch wenn wir Jungfreisinnigen und unsere Kollegen von der JSVP bei vielen, vielleicht sogar bei den meisten Sachfragen anderer Meinung sind, so ist uns doch bewusst, dass es auch Gemeinsamkeiten gibt. Es wäre jammerschade, wenn unsere Mutterparteien die Chancen, die sich in den kommenden vier Jahren stellen, ungenutzt verstreichen lassen würden! Nehmen Sie das Thema Steuern: Es gibt in diesem Parlament mindestens 65 Kantonsräte, die im Wahlkampf für tiefere Steuern plädiert haben. Es müsste nun wirklich möglich sein, hier Nägel mit Köpfen zu machen und die Menschen in diesem Kanton weniger lang für den Staat und dafür länger für sich selber arbeiten zu lassen!

Aus diesem Grund haben wir uns zusammengesetzt und eine „jungbürgerliche Agenda für einen starken Kanton St.Gallen“ erarbeitet. Wir wollen damit aufzeigen, wo aus Sicht der beiden Jungparteien JSVP und JFSG Potential für eine Zusammenarbeit im Kantonsrät bestünde und wie man diesen Kanton zu einem attraktiveren Wirtschafts- und Lebensstandort machen könnte.

Sachpolitische Gemeinsamkeiten gezielt umsetzen

Lukas Reimann, Wil

Sehr geehrte Damen und Herren

Erstmals in der Geschichte des Kantons St. Gallen bilden FDP und SVP gemeinsam eine Mehrheit im Kantonsrat. Dies bietet die grosse Chance, punktuell bei für beide Parteien wichtigen Fragen, Mehrheiten zu bilden und den Kanton voranzubringen. Pünktlich zur Vereidigung des neuen Kantonsrates stellen deshalb die Jungparteien von FDP und SVP an dieser Pressekonferenz eine gemeinsame Agenda vor. Sie werden diese ihren Kantonsräten heute zur Umsetzung unterbreiten.

Uns ist klar, dass zwischen der FDP und der SVP Differenzen bestehen und in vielen Fragen Unterschiedliche Positionen eingenommen werden. Wir sind aber der Überzeugung, dass sich die Spitzen der beiden Fraktionen zusammensetzen sollten und gemeinsam schauen müssen, wo man sich findet, wo man zu Kompromissen bereit ist und welche Wahlziele man gemeinsam umsetzen kann. Es gibt zahlreiche sachpolitische Gemeinsamkeiten und diese haben nun endlich eine Mehrheit im Kantonsparlament.

Die heutige Pressekonferenz verstehen wir als klare Aufforderung an die Kantonsräte, jetzt Wahlversprechen umzusetzen und konkret - Schritt für Schritt - gemeinsame Ziele umzusetzen. Wir geben im folgenden auch Themenkreise vor, die aus unserer Sicht die Möglichkeit bieten, wesentliche Ziele umzusetzen und Schwerpunkte zu liefern. Es geht insbesondere um folgende Bereiche:

- Steuern und Gebühren gezielt senken
- Staatsfinanzen weiter entlasten durch eine restriktive Finanzpolitik
- Politik für die Freiheit: Den Bürger von Verboten und Regulieren schützen

Die vorgeschlagenen Ideen sind innovativ und nicht abschliessend. Sie sind als Gedankenanstoss an die beiden Fraktionen zu verstehen und könnten von diesen gerne ausgebaut und ergänzt werden. Und sie zeigen die Hoffnung der jungen Bevölkerung auf. FDP und SVP waren die einzigen Gewinnerparteien der Kantonsratswahlen und wenn sie die Bevölkerung nicht enttäuschen, werden sie dies in 4 Jahren wieder sein. Aber jetzt müssen für jeden Einzelnen spürbare Taten und Verbesserungen folgen.

Die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat bietet aus Sicht der beiden Jungparteien eine einmalige Chance, um den Kanton St.Gallen in eine schweizweite Topposition bezüglich Attraktivität und Modernität zu bringen und so den Kanton über Jahre hinaus zum Erfolg zu führen. Wir möchten den Kanton fit machen für die Zukunft und zwar so, dass es jede Bürgerin und jeder Bürger im Kanton in der Tasche die Entlastung zählen kann. Und so dass jede Bürgerin und jeder Bürger die Freiheit wieder riechen kann. Und so, dass jede Bürgerin und jeder Bürger die Ansiedlung von neuen Arbeitsplätzen spüren kann.

Die Mehrheit bietet eine grosse Chance. Aber heute muss damit begonnen werden, diese Chance auch zu nutzen!

Restriktive Finanzpolitik, Staat entrümpeln!

Vincenz Rentsch, St.Gallen

Kantonalbank verkaufen

Die Kantonalbank wurde 1868 gegründet, um die regionale Wirtschaft zu fördern und Spar- sowie Kreditmöglichkeiten anzubieten. Heute ist die Kantonalbank eine marktwirtschaftliche Aktiengesellschaft, die diese Ur-Funktionen nicht mehr wahrnimmt. Die Wirtschaft wird durch andere Massnahmen gefördert, Kredite werden von allen Banken zu ähnlichen Bedingungen angeboten.

Der Kanton St.Gallen hält einen Anteil von 54.8 Prozent an der St. Galler Kantonalbank und verfügt somit über die Entscheidungsgewalt. Zudem profitiert die Kantonalbank von einer Staatsgarantie. So haftet der Kanton für alle Verbindlichkeiten der KB, soweit deren Mittel nicht mehr ausreichen. Dennoch mischt sie in der freien Marktwirtschaft mit, was zu enormen Verzerrungen führt. Wir fordern den Verkauf der Kantonalbank und die Auflösung der Staatsgarantie. Es darf nicht sein, dass sich eine einzelne Bank mit massiven Vorteilen in den Wettbewerb einmischt und der Steuerzahler gerade stehen muss, wenn die Kantonalbank einmal weniger erfolgreich sein sollte.

Wettbewerb zwischen Spitälern statt Planwirtschaft

Trotz Quadriga I & II herrscht immer noch zu wenig Effizienz und Wettbewerb unter den Spitälern. Wir fordern die Abrechnung nach Behandlungsfällen (Fallpauschale) und nicht mehr nach Objekten, sodass die Kosten einer Behandlung ersichtlich werden. Zudem muss jedes Spital rechtlich verselbständigt werden. So entsteht Transparenz, Kostenverzerrungen können korrigiert werden und unter den Spitälern entsteht ein Wettbewerbsdruck.

Konsequente Aufgabenprüfung bei der Verwaltung

Die Staatsausgaben haben seit 2000 um 50%, die Steuereinnahmen gar um 52% zugenommen. Die Kantonsverwaltung neigt zum exponentiellen Wachstum. Die Tätigkeiten der Verwaltung, die Zuordnung personeller Ressourcen und der finanziellen Mittel müssen konsequent überprüft werden. Wir fordern eine Generelle Aufgabenprüfung und die Erarbeitung eines Massnahmenpakets, um den Staatshaushalt um 20% zu entlasten.

Einführung von Gebühren-Benchmarking

Es gibt keinen flächendeckenden Vergleich der Gebühren im Kanton St.Gallen. Wir wollen eine statistische Erhebung aller Gebühren in den Gemeinden. Dadurch entsteht endlich Transparenz. Gemeinden, die überdurchschnittlich hohe Preise ansetzen, müssen diese anpassen.

Sozialhilfe überprüfen, Einführung von Sozialinspektoren

Auch in St.Gallen hat die Anzahl von Sozialhilfeempfängern stark zugenommen. Wir brauchen neue Ansätze, um die Anreize, Sozialhilfe zu beziehen zu vermindern. Sozialhilfe soll denjenigen zukommen, die diese auch wirklich brauchen. Es braucht mehr Eigenverantwortung und mehr Anreize, zu arbeiten.

St. Gallen braucht Sozialhilfeinspektoren! Die Mehrzahl der Sozialhilfebezieher ist auf die Unterstützung angewiesen. Dennoch gibt es Personen, die diese Hilfe missbrauchen. Um das Vertrauen in die Sozialhilfe wieder herzustellen, braucht es Sozialinspektoren, die Missstände aufdecken.

Studiengebühren erhöhen

Die Ausbildung im tertiären Bildungsbereich kommt in erster Linie dem auszubildenden Individuum zugute. Die Kosten dafür trägt jedoch grösstenteils die Allgemeinheit, der Steuerzahler. Wir fordern eine markante Erhöhung der Studiengebühren, sodass der Konsument die Kosten stärker mitträgt.

Um dennoch allen Zugang zum Studium zu ermöglichen, sind sozialverträgliche Finanzierungsmöglichkeiten mittels zinslosem Darlehen sicher zu stellen.

Abschaffung von Monopolen

Im Kanton St.Gallen bestehen immer noch zahlreiche Monopole. So gibt es immer noch ein Monopol auf Salzhandel, das sogenannte Salzregal. Ein weiteres Beispiel ist das Monopol der kantonalen Gebäudeversicherungsanstalt. So dürfen Elementar- und Feuerversicherungen nur bei dieser abgeschlossen werden. In modernen Zeiten freier Marktwirtschaft ist diese Situation untragbar; ein Zweck dieses Monopols ist nicht erkennbar. Dem öffentlichen Interesse an einem Schutz der Allgemeinheit vor Feuer und Elementarschäden kann auch durch ein blosses Versicherungsobligatorium ohne staatliches Monopol entsprochen werden.

Wir fordern die konsequente Aufhebung aller Monopole auf Leistungen, die auch von der Privatwirtschaft erbracht werden können. Dadurch spielt der Wettbewerb und der Kanton kann sich nicht zusätzlich, neben Steuern und Gebühren, bereichern.

Steuern senken – Kanton stärken

Robert Devenoges, Altenrhein

Durch die Verkleinerung des Kantonsparlamentes von 180 auf 120 Sitze und dem grandiosen Erfolg der bürgerlichen Parteien, allen voran die SVP, haben wir zusammen mit der FDP die absolute Mehrheit.

Aber mit dem Wahlerfolg fängt die Arbeit jetzt erst an. Es gilt von nun an, das Vertrauen der Simmbürger und Stimmbürgerinnen zu erfüllen. Wegweisend für erfolgreiche Jahre im Finanzbereich wird sein, dass die FDP und die SVP sich zusammen für einen bürgerlichen und wirtschaftlichen Weg entscheiden. Die Verantwortung für die nächsten Jahre liegen klar bei uns, nur zusammen können wir etwas bewegen.

Der Kanton St.Gallen hat in den letzten Jahren ein beträchtliches Vermögen angehäuft. Trotz diesem Vermögen haben die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen kaum Entlastung gespürt. Dies muss sich nun ändern! Die Arbeiterinnen und Arbeiter müssen mehr von Ihrem Geld zur freien Verfügung haben. Es kann auch nicht angehen, dass ein Bürger der 100% arbeitet noch auf Hilfe vom Staat angewiesen ist.

Die Steuern müssen für private Personen aber auch für Firmen gesenkt werden. Die unternehmerischen Anreize müssen ausgebaut werden, nur so profitieren wir im Kollektiven. Firmen können somit nicht nur von unserem guten Standort profitieren (Grenze zu Österreich und Deutschland), sondern auch von Steuerentlastungen. Das dies allen zu Gute kommt, beweist der Kanton Zug seit längerem.

FDP wie SVP haben sich Steuerentlastungen und eine Vereinfachung des Steuersystems auf die Fahne geschrieben: Das soll jetzt umgesetzt werden. Insbesondere folgende Punkte sind dabei zu beachten:

Benchmarking für Gebühren

Oft werden neue Steuern auch mit einer massiven und unverhältnismässigen Erhöhung der Gebühren umgangen. Dieser versteckten Steuer muss ein Riegel geschoben werden. Deshalb fordern wir ein Benchmarking für die Gebührenbelastung. Der HEV Thurgau hat im kleineren Rahmen ein solches Benchmarking durchgeführt und die Ergebnisse waren erstaunlich.

Top 5 bei Steuerbelastung

St.Gallen soll bezüglich der Attraktivität der durchschnittlichen Steuerbelastung für natürliche und juristische Personen innerhalb der kommenden vier Jahre zu den besten fünf Kantonen aufsteigen. Der Steuerfuss soll massiv gesenkt werden. Mit einer restriktiven Finanzpolitik ist dies innerhalb der kommenden vier Jahre realisierbar. Sämtliche Überschüsse des Kantons sind dem ordentlichen Eigenkapital zuzuweisen.

Steuerwettbewerb unter Gemeinden

Der Steuerwettbewerb unter den Gemeinden darf – im Interesse einer tiefen Steuerbelastung – nicht weiter eingeschränkt werden. Zwischen Kanton und Gemeinden ist eine Aufgabenentflechtung vorzunehmen mit dem Grundsatz: „Wer zahlt, befiehlt.“ Es braucht einen Finanzausgleich, der einen haushälterischen Umgang mit Staatsgeldern belohnt.

Unsinnige Steuern abschaffen

Die Besteuerung der Kapitaleinkünfte aus beruflicher Vorsorge (2. Säule) und aus gebundener Selbstvorsorge (Säule 3a) sollen abgeschafft werden. Damit ziehen wohlhabende Rentner nicht mehr aus dem Kanton weg.

Die Kirchensteuern sind abzuschaffen. In einem säkularen Staat hat nicht der Kanton für Kirchen Steuern einzuziehen, ganz speziell nicht bei juristischen Personen, die per se nicht religiös sein können und aktuell auch keine Möglichkeit haben, dieser Steuer mit einem Kirchaustritt zu umgehen.

Der Eigenmietwert und die doppelte Besteuerung der Unternehmensgewinne sollen abgeschafft werden.

Swiss Easy Tax einführen

Die Swiss Easy Tax soll so rasch wie möglich eingeführt werden. Die Kombination von Einheitstarifen, Pauschalabzügen und der Soll-Kapitalrendite-Besteuerung auf dem Vermögen bringt eine radikale Vereinfachung und wird auch Verwaltungskosten einsparen. Die Produktivität – sprich das volkswirtschaftliche Wachstum – wird vor allem durch Einheitstarife und den investitionsfördernden Soll-Kapitalrendite-Satz zusammen mit der Abschaffung verschiedenster bestehender Steuern gesteigert. Ausländische Erfahrungen bekräftigen dies vor allem aufgrund der neuen Vermögensbesteuerung. Das neue System beseitigt endlich die heutigen, auf verschiedenen Gebieten geltenden, ungerechten Doppel-Besteuerungen. Durch das einheitliche Besteuern von hohen Pauschalabzügen wird Transparenz und eine gezielte steuerliche Aufwandsbegünstigung geschaffen. Die Einführung einer Minimal-Kopfsteuer macht Schwarzarbeit zu einem grossen Teil unattraktiv. Ebenso können mit der Vereinheitlichung von Abzügen sowie bei der Vermögensbesteuerung viele Steuerschlupflöcher eliminiert werden.

Zentral für die Zukunft

Nutzen wir die Chance und setzen wir gemeinsam steuerpolitische Zeichen. Dies ist zum Wohle aller. Die Steuerentlastung macht den Kanton St. Gallen zu einem attraktiven Standort für Unternehmungen und damit verbunden auch für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Region. Zudem bleibt dem einzelnen Bürger mehr zum Leben. Das steigert die Lebensqualität und verhindert eine Abwanderung der Bevölkerung.

Bürger befreien

Christoph Landolt, Rorschacherberg

Die Junge SVP und wir von den Jungfreisinnigen haben das Heu gewiss selten auf der gleichen Bühne. Was uns neben dem Willen zum schlanken, starken Staat, der seine Bürger nicht schröpft und verantwortungsvoll mit den Steuergeldern umgeht zusätzlich verbindet, ist auch bei einigen gesellschaftlichen Themen die Abneigung gegen eine Gesetzesflut, die jeden Bereich des Zusammenlebens regeln soll. Immer öfter kommen Politiker und Beamte auf die Idee, uns per Gesetz, Verordnung oder Präventionsprogramm zum Glück zu zwingen.

Alkoholverbote

Der Bürger ist mündig und weiss selbst am besten, wie er glücklich wird. Ein Staat, der mit Werbeverböten und Präventionskampagnen belehrt und nach Absicht der Präventionslobby bald auch noch den Alkoholverkauf ab 21 Uhr einschränken wird, greift in die Freiheit seiner Bürger in einem unerträglichen Masse ein. Wir verlangen ein Ende all dieser Bestrebungen und fordern von FDP und SVP, ihr Gewicht im Kantonsrat so einzusetzen, dass auch beim Alkohol die Selbstverantwortung wieder im Zentrum steht. Wir haben nichts gegen Verkaufsverböte für Minderjährige, aber wir wehren uns, wenn die ganze Bevölkerung der Diktatur der Volksgesundheit geopfert wird.

Ladenöffnungszeiten abschaffen

Der Unternehmer wird heute vom Kanton gezwungen, seinen Laden um 19 Uhr zu schliessen. Das ist weder im Sinne der Wirtschaft noch der Konsumenten, denn immer mehr Menschen, gerade hart arbeitende, finden kaum die Zeit, vor 19 Uhr einkaufen zu gehen. Wir wollen die Ladenöffnungszeiten so schnell wie möglich liberalisieren und den Leuten die Freiheit geben, auch am Abend einzukaufen.

Kirche und Staat trennen

Obwohl die Glaubensfreiheit in der Schweiz von der Verfassung garantiert wird, sind im Kanton St.Gallen einige Religionsgemeinschaften vor dem Gesetz gleicher als die andern. Der Katholische Konfessionsteil, die Evangelische Kirche, die Christkatholische Kirchgemeinde und die Jüdische Gemeinde sind öffentlich-rechtlich anerkannt und geniessen Steuerhoheit. Aus säkularer Sicht ist die Bevorzugung irgendeiner Glaubensrichtung unhaltbar, deshalb fordern wir von unseren Mutterparteien, dieses Gesetz abzuschaffen und den Kirchen die Verantwortung für ihre Finanzierung zu übergeben. Es ist nicht Sache des Staates, Steuereintreiber für Kirchen oder Sekten zu spielen. Insbesondere die Steuerpflicht für juristische Personen ist besonders stossend, da juristische Personen nicht einmal die Freiheit haben, aus der Kirche auszutreten.

Freie Schulwahl

Bildung ist kein Rohstoff, sondern eine Investition in die Zukunft unserer Kinder. Der Zusammenhang zwischen Ausbildung und Wohlstand ist bekannt, weshalb wir das Bildungswesen stärken möchten. Der Schlüssel zu mehr Leistung liegt in der Einführung von Marktmechanismen. Die Eltern sollen in Zukunft frei wählen können, wo ihr Kind zur Schule geht. Das befreit Eltern, die mit der Planwirtschaft im Bildungsbereich nicht einverstanden sind, vom Zwang, ihr Kind in die Quartierschule zu schicken und erlaubt es ihnen, gezielt nach einer Schule zu suchen, die ihren Anforderungen genügen. Chancengleichheit nicht nur für Kinder reicher Eltern ist ein wichtiger Wert. Die Jungfreisinnigen unterstützen als erste Partei die Einführung der Schulwahl und auch die JSVP ist mit einem Vertreter im Initiativ-Komitee, das sich dieses Ziel auf die Fahnen geschrieben hat. Wir fordern SVP und FDP auf, das Schulsystem zu "entpolitisieren" und ebenfalls für mehr Freiheit einzustehen.

Freiheitspolitik: Etatisten und Kollektivisten bremsen – die neue Legislatur als Chance für Freiheit und Eigenverantwortung

Lukas Reimann, Wil

Die vergangen 4 Jahre durfte ich im Kantonsrat mit politisieren und vor kurzem war ich damit beschäftigt, zu räumen. 18 dicke Bundesordner voller neuer Gesetze, Verbote, Vorschriften, Regulierungen und neuen Ausgaben oder Steuern haben sich in den 4 Jahren angestaut. Und ein grosser Teil landet leider nicht nur in meinem Altpapier, sondern ein grosser Teil davon beeinflusst das Leben aller Bürgerinnen und Bürger.

Die Verteidigung der Freiheit gegen eine neuerliche Regulierungswelle muss den Fraktionen von FDP und SVP Motivation sein. Nicht neue Gesetze sollen geschaffen werden, sondern bisherige Gesetze sollen abgeschafft werden. Ganz besonders spricht dies die Jungen an, die sich eine Zukunft mit vielen Freiheiten, vielen Chancen und vielen Möglichkeiten vorstellen. Gerade junge Leute sehnen sich nach Freiheit und Unabhängigkeit. SVP und FDP sollten nicht zögern, ihre Stimme dafür mit Vehemenz zu erheben und bürgerliche Freiheiten in den kommenden vier Jahren auch durchzusetzen.

„Regulieren, verbieten, subventionieren, beaufsichtigen, vorschreiben, eingreifen, normieren, homologieren, harmonisieren, reglementieren, kontingentieren!“ Etatisten und Kollektivisten prägten die vergangene Legislaturperiode. Mit der neuen, bürgerlichen Mehrheit, bietet sich die Möglichkeit, bürgerliche Freiheiten zurückzugewinnen. Kantonale Monopole können aufgebrochen werden, unsinnige Freiheitseinschränkungen rückgängig gemacht werden und unnötige Verbote (z.B. eingeführte Werbeverbote) abgeschafft werden.

Wir fordern FDP und SVP auf, die kommenden vier Jahren zu vier Jahren für Freiheit und Eigenverantwortung zu machen. Die Bürgerschaft ist mündig und wird für diese Politik dankbar sein. Denn immer mehr Menschen denken: Haltet euch raus aus unserem Leben. Nehmt die Finger aus unseren Taschen. Dann sorgen wir für uns selbst - in der Familie, unter Freunden, in der Gemeinde und bei der Arbeit: in unseren eigenen, freiwilligen Zusammenschlüssen. Vor allem aber: Wagt nicht, uns vorzuschreiben, was wir denken und sagen dürfen. Ihr sollt uns repräsentieren, nicht kommandieren. Es gibt diverse Themenbereiche, mit welchen dies konkret in der kantonalen Politik umgesetzt werden kann. Unter anderem:

Einführung „Sunset Legislation“

Die „Sunset Legislation“ will, dass Gesetze, Dekrete und finanzwirksame Erlasse prinzipiell befristet werden. Bereits erprobt worden ist dieses Modell in den USA und in England. Durch eine verbindliche staatliche Norm sollen Verordnungen und zum Teil auch Gesetze nur für bestimmte Zeiträume gelten. Ohne einen erneuten Verlängerungsbeschluss des Gesetzgebers erlöschen die Erlasse automatisch. Auf diese Weise könnte der nur schwer einzudämmende Zufluss neuer Regelungen durch einen automatischen „Abfluss“ alter Bestimmungen kompensiert werden. So erhielten auch Staatsleistungen ein Verfalldatum. Der Kanton St.Gallen kann mit der Einführung der „Sunset Legislation“ zum schweizweiten Vorreiter werden.

Administrative Entlastung von Unternehmen

Das grundlegende Recht, in der Schweiz einen Beruf oder ein Gewerbe frei und ohne Einmischung des Staates betreiben zu können, ist längst zur Ausnahme geworden. Es gibt kaum noch Tätigkeiten, für die nicht irgendein Gesetz eine staatliche Bewilligung vorschreibt. Unternehmen sind vom administrativen Aufwand zu entlasten. Mit dem behördlichen Papierkrieg muss Schluss sein. Eine Verstärkung des E-Gouvernement und ein One-Stop-Shop bringen grosse administrative Entlastungen, insbesondere der KMU.

Keine Ausgangssperre für Jugendliche

Die in ersten St.Galler Gemeinden bereits eingeführten Ausgangssperren für Jugendliche müssen untersagt werden. Natürlich braucht es Massnahmen für den Jugendschutz. Der Staat darf jedoch die Erziehungsrechte der Eltern und die Grundrechte der Jugendlichen nicht zur präventiven Verhinderung möglicher Delikte einschränken. Folgt als nächster Vorschlag dann die Einführung der Nacherziehungspflicht für Eltern, auch bekannt als "Elternführerschein"? Dirigistische Vorschriften schränken weder den Alkoholkonsum von Jugendlichen ein, noch vermindern sie Vandalenakte. Eine Ausgangssperre dient nur als Scheinlösung: Die Probleme werden verlagert und nicht an der Wurzel angepackt.

Verbot den Verboten

Unverhältnismässige Verbote (z.B. in Werbung oder Forschung) sind abzuschaffen. Monopole (z.B. Gebäudeversicherung, Salz) sind aufzubrechen.

Nicht der Staat soll sagen, wo es hingehet, sondern wir alle sollen den eigenen Weg und jenen der Privatheit beschreiten von A bis Z. Die vier kommenden Jahr können zu den vier Jahren der Bürgerfreiheit werden. Der Kanton St. Gallen zum Kanton der liberalen Freiheitskämpfer. Die bürgerliche Mehrheit bietet diese grosse Chance. Wir bitten unsere Fraktion, diese Chance zu packen!